

Nachkriegsdeflation?

Autor(en): **Walter, Emil J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **24 (1944-1945)**

Heft 14

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335137>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ist, und die glauben, daß nur von hier aus auch die Brot- und Sicherheitsfrage gelöst werden kann, ist es selbstverständlich, daß er von vornherein im tiefsten Einklang mit der Demokratie steht, die aus den gleichen Antrieben lebt, und daß darum auch die Ausdrucksformen, die die beiden Bewegungen annehmen, ihren natürlichen Ausgleich finden werden, handelt es sich ja doch nur um zwei Seiten der gleichen Sache.

So wie die *Begründung* der sozialistischen Ordnung auf demokratischem Wege, auf Grund der Zustimmung der großen Volksmehrheit, erfolgen muß, so wird auch die *Führung* und volle *Verwirklichung* der sozialistischen Wirtschaft in demokratischen Formen und in demokratischem Geist geschehen können und müssen, weil Demokratie und Sozialismus im Grunde eins sind. Ja, wir glauben sogar, daß die Logik des Sozialismus als einer Freiheitsbewegung auch ein zunächst autoritär und autokratisch begründetes und geleitetes sozialistisches Gemeinwesen früher oder später zur Demokratie treiben wird – vorausgesetzt, daß nicht äußere Gefahr eine zentralistisch-diktatorische Ordnung im Innern begünstigt. Wer die innere Einheit von Sozialismus und Demokratie leugnet und den Sozialismus mit demokratiewidrigem Zwangsregime gleichsetzt, der leitet nur Wasser auf die Mühle derjenigen Sozialisten, welche die kommende Gesellschaftsumwälzung von vornherein mit autoritärer Gewalt bewirken wollen, ohne daß er diese Umwälzung selbst verhindern könnte. Ist das aber eigentlich die Aufgabe von Menschen, die sich so laut auf die Freiheit berufen und denen die Bewahrung der von der Demokratie erworbenen geistigen Güter angeblich mehr am Herzen liegt als irgend etwas anderes?

Nachkriegsdeflation?

Von Emil J. Walter

Keine Frage ist für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes so wichtig, wie die Frage der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Von Prof. Dr. W. A. Jöhr erscheint soeben im Rahmen der Veröffentlichungen des Schweizerischen Institutes für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen eine Studie «Die Nachkriegsdeflation (Konjunkturtendenzen der Nachkriegszeit und die Aufgaben der schweizerischen Beschäftigungs- und Währungspolitik)», die allen wirtschaftspolitisch interessierten Funktionären der Arbeiterbewegung zum sorgfältigen Studium empfohlen werden darf. Die klare, leicht faßlich geschriebene Untersuchung geht mit dem Rüstzeug moderner wirtschaftstheoretischer Forschung und weitgehend vorurteilsfrei an die Behandlung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen heran.

Im ersten Teil wird in drei Kapiteln der Begriff der Deflation im Zusammenhang mit kreislauftheoretischen Betrachtungen besprochen und als eine Verkleinerung des Volkseinkommens im Vergleich zum Sozialprodukt bestimmt. Damit wird der Begriff der Deflation erweitert und von der rein geldtheoretischen Betrachtung befreit, welche unter

Deflation das Gegenteil der Inflation verstand und die Inflation und die inflatorische Preissteigerung als Ausdruck einer Vermehrung der zirkulierende Geldmenge auffaßte. Im dritten Kapitel behandelt der Verfasser den Einfluß der Deflation auf den Volkswohlstand, einmal die Wohlstandsverteilung, dann die Wohlstandshöhe. Mit großer Klarheit wird an dieser Stelle hervorgehoben, daß die Deflation die Rentner, Hausbesitzer, Obligationäre auf Kosten der Mieter, Aktionäre, der öffentlichen Körperschaften begünstigt. Leider wird dieser Gesichtspunkt schließlich im dritten Teil seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung und wirtschaftspolitischen Tragweite nach zu wenig berücksichtigt.

Im zweiten Teil schildert der Verfasser die mutmaßliche Entwicklung der Nachkriegsdeflation, indem die allgemeinen Züge der Nachkriegsentwicklung bei Siegern und Besiegten, unter Beschränkung auf marktwirtschaftlich organisierte Länder und Staatengruppen und der Verhältnisse in der Schweiz, behandelt werden. Für die wirtschaftlich ungeschwächten Siegerstaaten (speziell die USA) ist nach Professor Jöhr nach der kurzen Demobilisationskrise zunächst ein wirtschaftlicher Aufschwung von zwei, vielleicht auch mehr Jahren zu erwarten mit nachfolgendem wirtschaftlichem Zusammenbruch wegen Überschätzung der Absatzmöglichkeiten durch die Unternehmer. Bei den Besiegten wird die Inflation unvermeidlich sein, aber sich nicht als Valutadumping auswirken können, da der Außenhandel durch Clearingverträge gebunden ist. Und die Gruppe der wirtschaftlich geschwächten Sieger wird Züge der beiden übrigen Staatengruppen vereinigen. In der Schweiz dürfte sich eine ähnliche Entwicklung zeigen wie in den Vereinigten Staaten, nur in abgeschwächtem Maße und in zeitlicher Phasenverschiebung. Als zentrales Postulat ergibt sich für Professor Jöhr die Notwendigkeit einer zielbewußten *Bekämpfung der konjunkturellen Deflation* durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Dieser zentralen Aufgabe ist der umfangreichste dritte Teil mit dem Titel «Die Bekämpfung der Nachkriegsdeflation» auf den Seiten 129 bis 234 gewidmet. Die drei Kapitel behandeln: «Die Deflation als Problem der Wirtschaftspolitik» (Besprechung der Rechtfertigungsversuche für die Deflation), «Die Bekämpfung der binnenwirtschaftlich bedingten Deflation» (unter besonderer Berücksichtigung der Bekämpfung der Nachkriegshausse und der Abklärung der Dosierung der Arbeitsbeschaffung) und «Die Bekämpfung der außenwirtschaftlich bedingten Deflation» (unter besonderer Berücksichtigung des Problems des richtigen Wechselkurses).

Aus der Zusammenfassung der Ergebnisse geben wir die wichtigsten Stellen wieder:

«Die Höhe des allgemeinen Preisniveaus richtet sich bei freier Preisbildung nach dem Verhältnis zwischen Sozialprodukt und produktivem Einkommenskreislauf. Die Deflation ist durch eine Verkleinerung des produktiven Einkommenskreislaufes im Verhältnis zum Sozialprodukt, die Inflation durch eine Vergrößerung des produktiven Einkommenskreislaufes im Verhältnis zum Sozialprodukt charakterisiert... Die konjunkturelle Deflation ist ein sich *selbst steigernder Prozeß*, der nicht nur zu

einer Senkung des produktiven Einkommenskreislaufes führt, sondern auch eine – wenn auch geringere – Senkung des Sozialproduktes bewirkt. Jede Deflation von einer gewissen Stärke kann diesen Prozeß der konjunkturellen Schrumpfung auslösen... Jede Deflation begünstigt die Gläubiger und benachteiligt die Schuldner.

Demobilmachung und Abbau der Rüstungsproduktion bedeuten einen erheblichen Rückgang der Staatsausgaben... Im Interesse der Tilgung der angeschwollenen Staatsschulden wird der Staat die Steuern nicht im gleichen Maße herabsetzen. Diese Schuldentilgung wirkt deflatorisch... Die Überschätzung der Absatzmöglichkeiten wird bei den *wirtschaftlich ungeschwächten Siegern* die Nachkriegshausse und den darauf folgenden Rückschlag verschärfen. Bei den *besiegten Ländern* ist eine ganz andere Entwicklung zu erwarten... Sie werden eine inflatorische Entwicklung nicht vermeiden können... Im Vergleich zu jenen Siegermächten, mit denen die Schweiz einen in der Hauptsache freien Außenhandel treiben wird, ist eine *Überhöhung des schweizerischen Preisniveaus* zu erwarten. Diese wirkt durch die Passivierung der Leistungsbilanz deflatorisch.

Jene Deflation, die aus der Tilgung der Kriegsschulden folgt, muß dadurch vermieden werden, daß man – solange die konjunkturelle Lage noch unsicher ist – auf die Tilgung verzichtet und in entsprechendem Ausmaße die Steuern reduziert... Dem Staat bleibt keine andere Wahl, als die überschüssigen Ersparnisse an sich zu ziehen und sie wieder auszugeben, um sie so in Fluß zu erhalten. Diese Arbeitsbeschaffung kann durch staatliche Aufträge oder durch Subventionierung privater Investitionen erfolgen. Da bei den *staatlichen Aufträgen der beschäftigungspolitische Effekt sicherer ist, soll die Deflationsbekämpfung zunächst das Schwergewicht auf diese Methode* verlegen; zeigen sich Anzeichen einer konjunkturellen Besserung, so ist der Subventionierung der privaten Wirtschaft der Vorzug zu geben.

Da die Hauptaufgabe der Deflationsbekämpfung darin besteht, die überschüssigen Ersparnisse in Fluß zu erhalten, sind die staatlichen Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung nicht mit Steuern, sondern mit Anleihen zu finanzieren... Die *Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung müssen zu Beginn größer sein als in der folgenden Zeit*, während die früher ausgegebenen Mittel ebenfalls noch wirksam sind... Eine subsidiäre Binnenkonjunktur solle in erster Linie durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugunsten der Exportindustrie erzeugt werden.

Die einfachste Lösung (zur Korrektur der Überhöhung des schweizerischen Preisniveaus) ist die *Abwertung*. Der Abwertung ist der Vorzug zu geben, sobald die Überhöhung des Wechselkurses so groß ist, daß die Korrektur nicht mehr der automatischen Anpassung anvertraut werden darf... Während der Phase der Nachkriegshausse muß die Politik der Höchstpreise weitergeführt und auf eine weitere Erhöhung der Nominallöhne verzichtet werden. Aus dem gleichen Grunde müssen auch im Agrarsektor die kriegsbedingten Preiserhöhungen wieder abgebaut werden.»

Wir sehen, Professor Jöhr schlägt eine *aktive antideflationistische Wirtschaftspolitik* für die Nachkriegszeit vor, der man vom Standpunkt der Arbeiterschaft in den großen Zügen nur zustimmen kann. Einzig zur

Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung haben wir eine grundsätzliche, kritische Bemerkung zu machen, die damit zusammenhängt, daß Professor Jöhr wohl im ersten Teil anerkennt, die Deflation begünstige die Gläubiger, im dritten Teil aber diese Tatsache zu wenig berücksichtigt.

Professor Jöhr beschäftigt sich auf Seite 175 mit dem Finanzierungsproblem. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Bundes sollen danach durch Anleihen und zur Kompensation der Hortung durch *zusätzlich geschaffenes* Geld finanziert werden. «Auf jeden Fall ist die Finanzierung durch Steuern abzulehnen. Da diese zu einer Beschränkung des verfügbaren Einkommens und damit auch der Nachfrage nach Konsumgütern führen müßte, würde die Arbeitsbeschaffung im Sektor der öffentlichen Nachfrage eine ‚Arbeitsberaubung‘ im Sektor der privaten Nachfrage bewirken.» Diese Behauptung ist allerdings in dieser Form nicht richtig. Schon an der Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik in Frauenfeld vom 23. und 24. Juli 1944 ist Professor Jöhr uns entgegengetreten, als wir erklärten, daß «letzten Endes eine Finanzierung der Vollbeschäftigung nur möglich ist auf dem Wege der Steuern, denn nur auf diesem Wege kann eine andere Verteilung der Kaufkraft in der Gesellschaft herbeigeführt werden», indem er erklärte: «Ich glaube, daß die von Dr. Walter geforderte Finanzierung durch Steuern von vornherein (!) ausscheidet. Steuern sind wohl ein geeignetes Mittel, um eine Umschichtung der Einkommen herbeizuführen. Aber wir dürfen die Vollbeschäftigungspolitik nicht mit Strukturpolitik verquicken.»

Die Begründung unserer Auffassung gegenüber Professor Jöhr ist einfach genug. Anleihen bedeuten keine Lösung der Finanzierung. Sie bedeuten lediglich eine *Verschiebung* des Zahlungstermins, denn Anleihen müssen ja wieder zurückbezahlt werden. Wenn man die Arbeitsbeschaffung grundsätzlich durch Anleihen finanziert, so bedeutet dies praktisch die Gefahr einer späteren Schuldenabschüttelung durch Inflation (und diese ist praktisch auch wieder nichts anderes als eine indirekte Steuer), so daß die einzig klare Lösung wirklich die Besteuerung ist und bleibt. Denn nur bei der Besteuerung kann dauernd – und darauf kommt es bei der Verhütung der konjunkturellen Deflation an – eine andere soziale Verteilung der Kaufkraft erreicht werden. Es ist daher zum Beispiel ganz logisch, wenn die russische Staatswirtschaft die Staatseinnahmen in der Hauptsache durch ungemein hohe Umsatzsteuern beschafft.

Professor Jöhr erkennt allerdings an dieser entscheidenden Stelle selbst: «Nur wenn es gelänge, Steuerreformen zu entwickeln, die das Volumen der Verbrauchsausgaben nicht beeinträchtigen könnten, die also ausschließlich die Horte und die laufenden Ersparnisse erfassen würden, träte im Sektor der privaten Nachfrage keine Arbeitsberaubung ein. Wohl ließen sich steuerliche Maßnahmen wie etwa die Belastung der großen Vermögen und hohen Einkommen denken, welche das Sparvolumen stärker treffen als das Verbrauchsvolumen.» Aber dieser grundsätzlich richtige Gedanke wird von Professor Jöhr, der ja schließlich nicht aus der Arbeiterbewegung stammt, wieder fallen gelassen. Deshalb muß hier mit

allem Nachdruck erklärt werden: *Die Forderung, die Arbeitsbeschaffung durch Anleihen zu finanzieren und nicht durch ungemein scharfe Progression der großen Vermögen und hohen Einkommen ist Interessenpolitik der begüterten Kreise.* Damit soll und wird praktisch verhindert, daß ein sozialer Ausgleich der Einkommensverhältnisse realisiert werden kann, und werden die Maßnahmen, welche von Professor Jöhr vorgeschlagen werden, letzten Endes doch zu einer inkonsequenten Halbheit¹. Doch die Entscheidung, welcher Weg wirklich begangen wird, fällt ja nicht im Rahmen einer theoretischen Auseinandersetzung, sondern in der politischen Sphäre des Ringens der Parteien und Klassen.

Die Theorie kann ja dem Wirtschaftspraktiker immer nur geistiges Werkzeug für den aktuellen wirtschaftspolitischen Kampf bereitstellen. Wie wenig sich in dieser Hinsicht seit über hundert Jahren die Verhältnisse geändert haben, weil immer noch um die Strukturwandlung des heutigen Wirtschaftssystems gerungen wird, belegt eine kleine, soeben im Europa-Verlag von dem Bulgaren Sortiroff herausgegebene Schrift «Ricardo und Sismondi» mit dem Untertitel «Eine aktuelle Auseinandersetzung über Nachkriegswirtschaft vor 120 Jahren». Als Napoleon besiegt war, da glaubten die Engländer auch, nun stehe eine große Konjunktur bevor, da ja ihnen der europäische Markt zugänglich sei. Aber schon nach kurzer Zeit brachen die Hoffnungen zusammen. Eine schwere Depression lähmte die wirtschaftliche Tätigkeit, weil im verarmten Europa die Kaufkraft zum Kaufe der englischen Waren fehlte. Auf diesem aktuellen Hintergrunde erfolgte vor 120 Jahren im Jahre 1822 die Diskussion zwischen Ricardo und Sismondi über das «Maschinenwesen». Schon damals rief Mac Culloch aus: «Gewährt dem Handel Freiheit und erleichtert den Steuerdruck, und die Klagen in unseren Straßen werden aufhören.» Wir hören heute wieder die gleichen Forderungen, im Ratssaal, in der Presse, in den Werken eines Röpke und eines Hayek. Ihnen trat als erster tiefer schürfender Kritiker Sismondi gegenüber: «In allen uns bekannten Gewerben herrscht Überfluß an Arbeitskräften: wie soll sich das Gleichgewicht, von dem man uns spricht, wiederherstellen, wenn es keinen Er-

¹ Professor Jöhr sieht zum Beispiel, um «die Deflation, die aus der Tilgung der Kriegsschulden folgt», zu vermeiden, vor, daß auf «die Tilgung verzichtet» und «in entsprechendem Ausmaße» die Steuern reduziert würden. Auch da ist gegenüber Professor Jöhr zu betonen, daß Steuern und Steuern nicht dasselbe sind. Wenn die Tilgung der Kriegsschulden aus konjunkturpolitischen Gründen eingestellt werden soll, so darf dies unseres Erachtens nicht zu einer allgemeinen Reduktion aller Steuern, sondern nur zur Sistierung *bestimmter Steuern* führen, und zwar zur Sistierung jener Steuern, welche den breiten Massenkonsum, wie zum Beispiel die Umsatzsteuer dies tut, belasten, während die progressiven Einkommens- und Vermögenssteuern gleichzeitig eher noch verschärft werden müssen. In den Ausführungen von Prof. Jöhr liegt insofern eine Lücke vor, als er nur von Steuern im allgemeinen spricht. Aber die konjunkturpolitische Bedeutung von direkten und indirekten Steuern, von Zöllen und Umsatzsteuern, von progressiven Einkommens- und Vermögenssteuern ist keineswegs die gleiche, weil die Konjunkturpolitik stets zugleich auch irgendwie Strukturpolitik sein muß, will sie auf die Dauer, nicht nur vorübergehend, wirksam sein.

werbszweig gibt, der den Einsatz von mehr Arbeitskräften verlangt?» Und der Verfasser, G. Sortiroff, schließt: «Es handelt sich darum, zu erkennen, daß, seitdem die massenhafte Auswanderung nach neuen Ländern unmöglich geworden ist, es auch keinen Konjunkturzyklus mehr gibt. Vom letzteren ist nur die Depressionsphase geblieben, wie in der idealen, von Sismondi analysierten Verkehrswirtschaft. Dies bedeutet aber, daß für die erfolgreiche Krisenbekämpfung nichts weniger erforderlich ist, als die Verwandlung der Verkehrswirtschaft in ein zentralgeleitetes Wirtschaftssystem.»

Mit andern Worten: «Diese Fragen der Deflation sind nicht nur von geldtheoretischem Interesse; sie sind eigentlich Existenzprobleme unserer marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung. Denn eine stärkere Deflation führt unvermeidlich zu einem konjunkturellen Rückgang... Es erscheint heute durchaus fraglich, ob das System der Marktwirtschaft nochmals eine mehrjährige Depression zu überleben vermöge.» Mit diesen Worten von Professor Jöhr aus der Vorrede seiner schönen und gehaltvollen Arbeit wollen wir unsere Besprechung schließen. In der Nachkriegszeit wird auch in der Schweiz um eine *strukturelle Wandlung unserer Wirtschaftsverfassung* gerungen werden müssen.

Les précurseurs

Von J. R u b i n s t e i n

Wenn jeder Rassenwahn und Völkerstolz stupid ist, so muß der Antisemitismus als ein Verbrechen bezeichnet werden; denn der Antisemitismus, der als ein trauriges Privileg der christlichen Welt (alle Versuche, ihn der gelben und braunen Rasse einzupfropfen, blieben erfolglos) betrachtet werden muß, ist ein *Programm*, und zwar ein Programm der jeweiligen politischen Reaktion.

Gewiß waren die Juden schon im alten Rom zu vorchristlichen Zeiten verfolgt. Es ist hier nicht der Ort, darüber auf Einzelheiten einzugehen; denn die wahren Vorläufer des wütendsten aktiven Antisemitismus der letzten Jahre befanden sich nicht im alten Rom, sondern im Rom der christlichen Ära. Darum müssen wir uns hier nur mit einem Zitat aus dem vortrefflichen Werke von O. Stobbe («Die Juden in Deutschland während des Mittelalters», Jahrgang 1866) begnügen:

«Das (antike Rom) war ihr goldenes Zeitalter im Verhältnis zu dem Schicksal, welches ihrer wartete, als die Kirche nach ihrer Befestigung in den neuen Staaten sich mit aller Macht gegen sie wendete, als Kaiser und Landesherren zu der Erkenntnis gekommen waren, welche Hilfsquellen sie ihren erschöpften Finanzen durch Beraubung und unausgesetzte Besteuerung der Juden zuführen konnten.»

Wir wollen diese These nicht durch Beispiele aus dem Ausland, sondern aus der schweizerischen Geschichte zu bekräftigen suchen. Die Juden kamen nach Europa zusammen mit den Römern, unter denen sie als ein Sklavenvolk, wenn auch nicht vollständig entrechtet, gelebt hatten. Erst